

61/MT-BR/2021

**MITTEILUNG****an die Europäische Kommission, den Rat und das Europäische Parlament****gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG****des EU-Ausschusses des Bundesrates****vom 1. Dezember 2021****COM(2021) 634 final Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Europäisches Jahr der Jugend 2022**

In ihrer Rede zur Lage der Union am 15. September 2021 hat EU Kommissionspräsidentin von der Leyen das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend erklärt. Am 14. Oktober 2021 wurde von der Europäischen Kommission die entsprechende Initiative verabschiedet. Sie trägt den besonderen Herausforderungen, mit denen Jugendliche derzeit konfrontiert sind, Rechnung. Vor allem die COVID-19 Krise wirkte sich in beispielloser Art und Weise auf die Beschäftigung, Bildung, soziale Inklusion und psychische Gesundheit junger Menschen aus.

Der EU-Ausschusses des österreichischen Bundesrates unterstützt ausdrücklich diese Initiative, welche junge Menschen, deren Beiträge und Sichtweisen ins Zentrum von politischen Entscheidungen und Prioritäten stellen soll, und dessen übergeordnetes Ziel es ist, die Union, ihre Mitgliedstaaten sowie regionale und lokale Behörden bei ihren Maßnahmen zur Unterstützung, Einbindung und Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen nach der Pandemie zu stärken. Begrüßt werden dabei insbesondere der bereichsübergreifende und inklusive Charakter der Initiative.

Die EU-Jugendstrategie bildet den Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in der Union für den Zeitraum 2019-2027. Gemäß ihren Schwerpunktbereichen „Beteiligung, Begegnung, Befähigung“ fördert diese Strategie u.a. das soziale und bürgerschaftliche Engagement junger Menschen und soll sicherstellen, dass alle über die notwendigen Ressourcen für die gesellschaftliche Beteiligung verfügen. Die Europäischen Jugendziele sind dabei fest verankerter Bestandteil der EU-Jugendstrategie. Der EU-Ausschuss des Bundesrates begrüßt die in der Europäischen Jugendstrategie verankerten europäischen Ziele (Youth Goals), an deren Entwicklung und Formulierung Österreich während der Trio-

Ratspräsidentschaft 2017/18, in welcher Österreich vertreten war, prominent und aktiv mitgewirkt hat. Besonders positiv hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die dabei erfolgte, direkte Jugendbeteiligung bei der Ausarbeitung der Ziele: So haben über 50.000 Jugendliche aus ganz Europa mit Onlinebeiträgen und in mehreren EU-Jugendkonferenzen daran mitgearbeitet.

In Österreich stellt Jugendpolitik ein besonderes Anliegen dar, dass von allen Bundesministerien, Akteuren und Stakeholdern wie der Bundesjugendvertretung als gesetzlicher Interessensvertretung mitgetragen wird. Die Europäische Jugendstrategie bildet dabei den Rahmen für die darin eingebettete nationale Jugendstrategie. In dieser nationalen Strategie wurden 28 Jugendziele unter den vier Handlungsfeldern Bildung und Beschäftigung, Beteiligung und Engagement, Lebensqualität und Miteinander sowie Medien und Information festgelegt, welche durch 82 konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, und wobei auch die Europäischen Jugendziele miteinbezogen werden. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der COVID-19 Pandemie ist ein zentrales Ziel die Gestaltung von Rahmenbedingungen und Strukturen, die junge Menschen dabei unterstützen und stärken, um sich Krisen aktiv stellen zu können. Wesentlich ist dabei die Förderung der Jugendbeteiligung, mittels des Instruments von „Reality Checks“ wird Feedback junger Menschen zu erarbeiteten Jugendzielen und Maßnahmen eingeholt, um die Relevanz des Jugendziels konkret aus der Sicht der Jugendlichen betrachten und beurteilen zu können.

Der EU Ausschuss des Bundesrates unterstreicht und unterstützt auch die Bemühungen der Union, junge Menschen in laufende Konsultationsprozesse, wie jener im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas oder dem EU-Jugenddialog, stark einzubinden. Von Seiten des österreichischen Parlaments, das mit vier Vertreterinnen und Vertretern in der Plenarversammlung der Zukunftskonferenz vertreten ist, werden zu diesem Zweck insgesamt fünf Veranstaltungen mit Jugendlichen zu jeweils einem der neun großen Themen der Plenarversammlung der Zukunftskonferenz abgehalten, um den jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Sichtweisen zu einem künftigen Europa zu präsentieren und sich zu thematischen Schwerpunkten der Zukunftskonferenz auszutauschen.

Der österreichische Bundesrat, die Zukunfts- und Europakammer des österreichischen Parlaments, hat bereits am 25. Mai 2021 Jugendliche zu einer Dialogveranstaltung unter dem Titel „Zukunft.Jugend.Europa“ geladen. Alle Beiträge der Jugendlichen werden in die multilinguale Plattform der Zukunftskonferenz eingespeist.